

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/09/2025

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2025,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn erster öffentlicher Teil	:	19:30 Uhr
Beginn erster nicht öffentlicher Teil:		22:19 Uhr
Ende erster nichtöffentlicher Teil:		22:43 Uhr
Beginn zweiter öffentlicher Teil:		22:44 Uhr
Beginn zweiter nichtöffentlicher Teil:		22:47 Uhr
Ende der Sitzung:		22:50 Uhr

### Anwesend

#### Stadtverordnete/r

Frau Carola Behr  
Herr Thomas Bellizzi  
Frau Marie-Luise Bernhardt  
Herr Burkhardt Bertram  
Herr Dr. Bernd Buchholz  
Frau Elke Dullweber  
Frau Ursula Ebert  
Herr Peter Egan  
Herr Jannik Gasde  
Herr Uwe Gaumann  
Herr Stefan Gertz  
Herr Rolf Griesenberg  
Frau Inga Jensen-Buchholz  
Herr Marten Koop  
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke  
Herr Arthur Klaus Korte  
Frau Ulrike Kraus  
Herr Stephan Lamprecht  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Nadine Levenhagen  
Frau Susanne Lohmann  
Herr Béla Randschau  
Herr Wolfgang Schäfer  
Frau Karen Schmick  
Herr Tim Schoon  
Herr Christian Schubbert-von Hobe  
Herr Wolfdietrich Siller  
Herr Dr. Detlef Steuer  
Herr Benjamin Stukenberg  
Herr Lasse Thieme  
Frau Sophie von Hülsen

### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Jules Niehus  
Frau Emma Bley  
Frau Celine Nowotka  
Herr Wolfgang Zimmermann

Kinder- und Jugendbeirat  
Kinder- und Jugendbeirat  
Kinder- und Jugendbeirat  
Seniorenbeirat

### **Sonstige, Gäste**

Frau Julia Fest  
Herr Frederik Treuel

SWA  
SWA

### **Verwaltung**

Herr Eckart Boege  
Herr Marcel Grindel  
Herr Tobias Römer  
Herr Henning Wachholz  
Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister  
FBL I  
FBL IV  
SEA  
Protokollführerin

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/08/2025 vom 22.09.2025
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
  - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 7.2.1. Finanzbericht
8. Antrag auf Änderungen der Ausschussbesetzung **AN/064/2025**
9. Ehrung von Beiratsmitgliedern
10. Bürgerentscheid "Lebendige Innenstadt" vom 18.09.2022
  - 10.1. AN/053/2025 Antrag zur Aufhebung des Bürgerentscheids der Fraktionen WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
  - 10.2. Antrag der WAB Fraktion auf Entlass der Hamburger Straße aus dem Geltungsbereich des Bürgerentscheides **AN/089/2025**
  - 10.3. Änderungsantrag der WAB zu Antrag 085/2025 Bürgerentscheid **AN/088/2025**
  - 10.4. Antrag der CDU-, SPD-, und FDP-Fraktion zum Bürgerentscheid Lebendige Innenstadt **AN/085/2025**
  - 10.5. AN/068/2025 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP zum Antrag der CDU-Fraktion (AN/067/2025)
  - 10.6. AN/067/2025 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Bürgerentscheid "Lebendige Innenstadt" vom 18.09.2022
11. Wirtschaftsplan 2026 für die Stadtbetriebe Ahrensburg **2025/108**
  - Teilwirtschaftsplan Stadtentwässerung
  - Teilwirtschaftsplan Bauhof
  - Gesamtwirtschaftsplan

- |     |                                                                                                                                                                                                                                            |                   |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| 12. | 5. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Abgaben und Geltendmachung von Kostenerstattungen für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung Abwasserbeseitigung - BGS) | <b>2025/109</b>   |
| 13. | Grundschule Am Schloß<br>- Aufstockung des Neubaus der zweiten Cafeteria im Rahmen der Förderung über das Startchancen-Programm des Landes Schleswig-Holstein um ein weiteres Stockwerk                                                    | <b>2025/097</b>   |
| 14. | Theater und Musik in Ahrensburg e.V. - Änderung der Obergrenze der Liquiditätsrücklage des Beschlusses vom 27.2.2023                                                                                                                       | <b>2025/103</b>   |
| 15. | Beteiligung der Stadt im Planfeststellungsabschnitt 3 der S4/Stellungnahme der Vorhabenträgerin                                                                                                                                            | <b>2025/063/1</b> |
| 16. | Stadt Ahrensburg: Straßenzustandsbericht 2025                                                                                                                                                                                              | <b>2025/104</b>   |
| 17. | Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2025                                                                                                                                                                                            | <b>2025/105</b>   |
| 18. | Niederschlagung von Gewerbesteuerforderungen                                                                                                                                                                                               | <b>2025/106</b>   |
| 19. | Erlass von Gewerbesteuerforderungen                                                                                                                                                                                                        | <b>2025/107</b>   |
| 20. | Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH                                                                                                                                                           | <b>2025/095</b>   |
| 22. | Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH                                                                                                                                                           |                   |

## **1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Stukenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr.

Er weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach während der Sitzung, aber auch schon vor und nach der Sitzung, grundsätzlich keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Er führt aus, dass, sobald der Raum für die Stadtverordneten geöffnet wurde und bis alle Stadtverordneten nach der Sitzung den Raum wieder verlassen, Bild- und Tonaufnahmen entsprechend nicht gestattet seien.

Er schlägt vor, im Rahmen der Ehrungen (Tagesordnungspunkt 9) Bild- und Tonaufnahmen heute zuzulassen. Die Stadtverordneten stimmen einvernehmlich zu.

Bürgermeister Stukenberg gratuliert den Jubilaren.

## **2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 31 Stadtverordneten fest.

## **3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*--- abgesetzt ---*

Bürgermeister Stukenberg teilt mit, dass der vorgesehene Notartermin verschoben wurde und die Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses daher heute noch nicht erfolgen könne.

#### 4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Stukenberg merkt eingangs an, dass nur Fragen im Namen von Einwohnern/innen, nicht aber im Namen von Initiativen oder politischen Gruppen, gestellt werden dürfen. Anderenfalls müssten die Stadtverordneten zunächst darüber beschließen, ob die Fragen zur Einwohnerfragestunde zugelassen werden.

Frau D. von Rantzau trägt Fragen zur Hamburger Straße vor, welche zuvor schriftlich eingereicht wurden. Zur Sicherheit für Fußgänger:innen, Rollstuhlnutzende und Radfahrende aufgrund des schlechten Zustandes der Rad- und Gehwege fragt sie, bis wann dieser schlechte Zustand behoben sein soll.

Zum Thema Hitzeschutz fragt sie, was vorgesehen sei um der Überhitzung der Innenstadt, speziell im Bereich der Hamburger Straße, vorzubeugen. Zur Thematik Potenzial, den Kundenkreis im Innenstadtbereich von Ahrensburg zu erhöhen, fragt sie, durch welche Maßnahmen die Attraktivität für Menschen, die kein Auto nutzen (wollen, können), gesteigert wird. Zur Thematik Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Ahrensburger Innenstadt fragt sie, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um die Aufenthaltsqualität im betroffenen Bereich zu erhöhen. Weiterhin fragt sie zum Risiko des Wegfallens von Fördergeldern, wann genau die Fördergelder für den Umbau der Hamburger Straße verfallen. Sie möchte weiterhin wissen, bis wann mit dem Umbau begonnen werden muss, damit die Straße diese Gelder noch nutzen kann und wie viel mehr es die Stadt kosten würde, wenn jetzt eine Umplanung der bisherigen Planung erfolgen sollte. Zuletzt fragt sie, was dagegenspricht, die Parkflächen unterhalb des neuen EDEKA-Marktes an der Alten Reitbahn, zu den Bedarfsflächen hinzu zu rechnen.

Bürgermeister Boege bedankt sich dafür, dass die Fragen bereits vorab eingereicht wurden. Er führt aus, dass diese noch nicht vollumfänglich beantwortet seien. Zum Thema „Behebung des schlechten Zustandes der Hamburger Straße“ erklärt er, dass dies abhängig sei von Entscheidungen, welche in Bezug auf den Bürgerentscheid getroffen werden. In der Vergangenheit konnte man ohnehin nicht tätig werden, weil man die Ressourcen nicht gehabt habe. Inzwischen habe man die Ressourcen und je nachdem, wie die Entscheidungen ausfallen, könne man mit einer Umsetzung frühestens 2027 beginnen. Hierfür sei (ab Zeitpunkt jetzt) ein notwendiger Vorlauf notwendig, den man nicht verkürzen könne. Sollten sich Planungen oder sonstige Dinge noch ändern, werde sich dies auf unbestimmte Zeit verschieben.

Das Antwortschreiben an Frau v. Rantzau wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Frau A. Wolf verliest Fragen zum Schulzentrum Am Heimgarten, welche sie vorab schriftlich eingereicht hat. Die Fragen werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt. Sie fügt hinzu, dass sie findet, dass Schulen wichtig seien, aber nicht um jeden Preis und nicht mit dem Preis, dass man, unter Umständen, unter eine Landesverwaltung komme. Zum Vergleich dieses investiven Projektes führt sie an, dass die Bundesregierung 150 Mio. € für Waffen und Munition zur

Unterstützung der Ukraine zahle während Ahrensburg 115 Mio. € nur für ein Schulzentrum zahle.

Bürgermeister Boege geht mündlich auf die Frage „Warum hat man sich gegen die kostengünstigere Modulbauweise entschieden, die in der Nachbarstadt Hamburg üblich und erprobt ist und diesen sehr kostenintensiven Neubau beschlossen?“ ein. Er merkt an, dass hier eine Behauptung drin sei, die nichtzutreffend sei. Kostenintensiv sei das Projekt aufgrund der Fläche und nicht aufgrund der Quadratmeterpreise. Er verliert die Antwort auf Frage 1.

Frau A. Wolf erklärt sich auf Nachfrage durch Bürgermeister Boege damit einverstanden, dass die weiteren Antworten nicht verlesen und dem Protokoll als Anlage beigefügt werden. Bürgermeister Boege fügt hinzu, dass die Stadt nicht in die Insolvenz schlittere und das PWC-Gutachten kein Finanzierungskonzept für die Stadt sei. Es habe ein Szenario dargestellt, wie es sich entwickle, wenn man nichts tue. Etwas zu tun, sei nun die Aufgabe der Stadt und insofern habe man auch in enger Abstimmung mit der Kommunalaufsicht im Moment keinerlei Signale, dass man da in eine Genehmigungsproblematik hineinlaufe, wenn man auch die notwendigen Maßnahmen ergreife.

Bürgervorsteher Stukenberg fügt zur sachlichen Richtigstellung hinzu, dass es keine kommunale Insolvenz gibt. Insolvenzrecht gäbe es für Privatunternehmen und Privatpersonen. Der Staat könne nicht insolvent gehen, weil er im Zweifel zum Beispiel die Steuern erhöhen könnte, was eine mögliche Maßnahme wäre, oder an anderer Stelle Aufgaben senken. Vor einer Insolvenz habe PWC explizit nicht gewarnt. Bei dem PWC-Gutachten ging es rein um die Finanzierung und das Ergebnis war, dass die Finanzierung, wenn man keine weiteren Ausgaben habe, grade eben an der Grenze, was Ahrensburg sich leisten könne. Es wurden jedoch bereits weitere Ausgaben beschlossen und es wurden auch keine Einnahmeveränderungen einkalkuliert. Es wurde auf dem Stand, der damals gültig war, kalkuliert und die Sachverhalte haben sich bereits geändert und man habe auch noch die Möglichkeit gegenzusteuern. Dies werde im Rahmen der Haushaltsberatungen auch beraten.

Das Antwortschreiben für Frau Wolf wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Frau A. Hansen erzählt, dass sie von mehrfachen Behinderungen und entsprechenden Diskriminierungen betroffen sei, zum Beispiel in der Form, dass eine Barrierefreiheit in der Hamburger Straße, in der aktuellen Situation, nicht gegeben sei. Sie sitze deswegen auch am Runden Tisch Ahrensburg für Zivilcourage und Menschenrechte gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus. Sie trägt das Statement vor, dass ein Umsetzen der vorhandenen Planung für die Hamburger Straße nicht nur Millionen Fördergelder vor Verfall schützen, sondern auch Antidiskriminierung und Menschenrechte stärken würde - durch mehr Begegnungsraum in der Innenstadt und besseren und barrierefreien Zugang über die Hamburger Straße zu Geschäften, Cafés und Infoständen auf dem Rondeel.

Herr S. Runge berichtet zunächst, dass die Baustelle im Dänenweg hervorragend laufe und dort reger Betrieb herrsche.

Weiterhin kommt er darauf zurück, dass er im ersten Quartal schon mal nach der Sauberkeit in der Innenstadt gefragt habe. Gestern habe er zusammen mit vielen Ehrenamtlichen die Krone und die Weihnachtsbeleuchtung wieder aufgehängt. Ihm sei hierbei positiv aufgefallen, dass die Innenstadt nicht so dreckig war, wie noch vor einem dreiviertel Jahr. Trotzdem möchte er nachfragen, was aus dem runden Tisch geworden ist, den Bürgermeister Boege diesbezüglich seinerzeit einrichten wollte.

Er berichtet weiter aus seinem Urlaub aus Schweden und führt aus, dass es dort tolle Müllkörbe gäbe, welche man zuschließen könne. So können die Krähen und Raben dort nicht rankommen. Er regt derartige Müllkörbe auch für Ahrensburg an, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Herr S. Runge erzählt, dass er sich für einen Termin im Einwohnermeldeamt mit dem Besuchermanagementsystem auseinandersetzen musste. Er erläutert, dass er mit keinem Endgerät, das er besitze (sein iPad, sein Rechner zuhause, sein Rechner im Büro) einen Termin buchen könne. Jedes Mal sage die Datenbank, dass er keinen Termin in diesem System machen dürfe. Das kuriose sei, dass, wenn er im Rathaus einen Termin mache dies manchmal klappe und manchmal auch nicht. Die Mitarbeiter im Rathaus hätten hierzu gesagt, dass ihnen das auch manchmal passiere, wenn da gleichzeitig viele drauf zugreifen würden. Er betont jedoch, dass er immer die gleiche Fehlermeldung bekomme, egal zu welcher Uhrzeit. Er betont, dass wenn selbst den Mitarbeitern dies auffalle, dass er sich sehr freuen würden, wenn man bei dem Anbieter dieses Systems anfragen könne, woran das liege. Dies sei schließlich ein Aushängeschild für die Stadt Ahrensburg.

Er fügt hinzu, dass der übrige Prozess im Einwohnermeldeamt hervorragend geklappt habe und die beiden Mitarbeiter, die ihn dort betreut haben, eine 10 von 10 waren. Beide Mitarbeiter seien sehr positiv und toll gewesen.

Zuletzt merkt er an, dass er mehrfach über die 77-0 im Rathaus angerufen habe und ihm dabei aufgefallen sei, dass er bei der Begrüßung grade noch den Nachnamen nuschelnd verstehen konnte. Er findet dies schade, da es sich um die erste Anlaufstelle im Rathaus handle und schlägt ein Telefontraining vor. Er würde sich über eine klare Ansprache sehr freuen, z.B. „Hallo, Stadt Ahrensburg, Nachname, Was können wir für Sie tun?“.

Bürgermeister Boege freut sich, dass auf der 77-0 jemand abgenommen habe, denn daran zeige sich, dass man es erfolgreich geschafft habe, mit der gemeinsam beschlossenen Personalaufstockung, die Erreichbarkeit der Infothek zu verbessern. Den nächsten Schritt mache man dann hoffentlich in Kürze.

Zur Terminvereinbarung führt er aus, dass es bei ihm persönlich bisher auf allen Endgeräten problemlos funktioniert habe und ihm dieses technische Problem bislang nicht bekannt sei. Man werde sich das Problem anschauen. Grundsätzlich sei es so, dass man die online-Terminvereinbarung bereits habe, seit er selbst im Dienst sei. Am Anfang habe man große Probleme mit der Terminverfügbarkeit gehabt. Dies habe man inzwischen nur noch in Einzelfällen, wenn mehrere Mitarbeiter ausfallen.

Bezüglich der Sauberkeit der Innenstadt freut sich Bürgermeister Boege, dass die Verbesserung sichtbar ist. Man habe seit Anfang des Jahres gemeinsam mit den Stadtbetrieben intensiv immer wieder daran gearbeitet, dass man dieses Problem in den Griff bekommt. Man habe jedoch auch viel damit zu tun gehabt, die internen Abstimmungen hierzu in den Griff zu bekommen. In seiner Wahrnehmung sei die Sauberkeit in der Innenstadt bereits deutlich besser geworden und man werde dies im nächsten Jahr nochmal als gemeinsame Aktion aufnehmen.

Herr S. Runge betont, dass das Hauptproblem die Krähen am Wochenende seien und man diese Anregung mit den abschließbaren Mülltonnen in die Überlegungen einbeziehen sollte.

Bürgermeister Boege möchte es an einem Beispiel konkret machen, woran manche Dinge hängen. Er erklärt, dass an einem sonnigen Wochenende viele Leute in der Innenstadt unterwegs seien und wenn dann montags der Wind weht, werde es problematisch. In der Vergangenheit hatte man sonntags keine Mitarbeiter eingesetzt. Hier den richtigen Weg zu finden, ob man dies zukünftig mit eigenen Mitarbeitern oder mit Externen auf Honorarbasis abbildet, seien Überlegungen, die man gemacht habe und die noch nicht in jedem Fall abgeschlossen seien.

Bürgermeister Boege merkt an, dass Herr H. Dzubilla im Vorfeld noch Fragen eingereicht habe. Diese seien so gut wie beantwortet und würden Herrn H. Dzubilla zeitnah zugehen. Die Antworten auf die Fragen von Herrn H. Dzubilla werden dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

## 5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 3 „Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Bürgermeister Stukenberg trägt vor, dass es die Empfehlung gibt, den Tagesordnungspunkt 13 „Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ an das Ende der öffentlichen Sitzung zu verschieben und um einen nichtöffentlichen Teil zu ergänzen. Hier gehe es um Fragen, die Interna und Mitbewerber sollen nicht wissen, wie man sich mit den Stadtwerken aufstelle.

Er führt aus, dass es einen weiteren nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt (Top 21 „Haushaltsmittel Anmietung und Umbau Büroflächen Stadtverwaltung Ahrensburg“) gibt, in dem es um Vertragsverhandlungen gehe, welche man nicht offenlegen wolle, weil sich hieraus mögliche Verhandlungsverschlechterungen ergeben könnten.

Bürgermeister Stukenberg übergibt das Wort an Bürgermeister Boege. Dieser beantragt, den Tagesordnungspunkt 10 „Bürgerentscheid „Lebendige Innenstadt“ vom 18.09.2022“ zunächst in den Bau- und Planungsausschuss zurückzuweisen. Es sei sein Eindruck, dass hier wesentliche Punkte noch ungeklärt seien und man heute in der Stadtverordnetenversammlung eine Fachdiskussion hätte, welche im Ausschuss besser aufgehoben wäre. Dort gäbe es die Möglichkeit, ein paar Fragen noch zu klären.

Ergänzend dazu führt Bürgermeister Stukenberg aus, dass ihm jetzt noch zwei zusätzliche Anträge zum Bürgerentscheid von der WAB-Fraktion vorliegen (AN/088/2025 und AN/089/2025). Zudem bestehen noch drei Anträge der Fraktionen (AN/053/2025, AN/068/2025, AN/067/2025) und der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP (AN/085/2025). Er erläutert die Gemengelage, die es zu sortieren gelten würde und spricht sich auch dafür aus, den Tagesordnungspunkt in den Bau- und Planungsausschuss zurückzuverweisen.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN merkt an, dass der Bau- und Planungsausschuss im Dezember nur noch eine Sitzung habe und der Haushalt dabei Priorität haben sollte. Insofern würde sie dankbar sein, wenn man das Thema auf den Januar verschieben würde. Dann sollte man vielleicht auch den FB IV bitten, die Planungen für die Hamburger Straße nochmal aufzumachen, damit man nochmal darüber diskutieren könne und auch zeigen könne, warum einige Gedenkgänge sinnvoll seien oder andere auch nicht. Nach drei Jahren sollten die Mitglieder und auch die Bürger\*innen bei den Planungen nochmal „mitgenommen“ werden.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion schließt sich seiner Vorrednerin an. Er führt aus, dass man die seltsame Situation gehabt habe, dass zum Teil eine Kommunikation über Einzelheiten der Anträge abgelehnt wurde. Diese Diskussion könne man natürlich heute führen, aber es wäre schöner, sie im Fachausschuss zu führen. Entsprechend würde er eine Rückverweisung bevorzugen. Entweder würden heute die Anträge von CDU

und SPD ihre Mehrheit bekommen, dann wäre, nach Stellungnahme der Verwaltung, damit zu rechnen, dass sich das Projekt auf unabsehbare Zeit verschiebe. Dies sei eine sehr weitreichende Entscheidung. Anderenfalls verliere man 1,5 Monate und könne dann doch mit der Hamburger Straße weitermachen, weil man manche Detailfragen klären konnte. Er denkt, dass man die 1,5 Monate Zeit habe, aber nicht mehrere Jahre.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion möchte dagegensprechen. Er erklärt, dass der Bau- und Planungsausschuss auf seiner letzten Sitzung ausdrücklich beschlossen habe, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und ihn auf die heutige Stadtverordnetenversammlung zu verweisen. Dies war ausdrücklich Diskussion und genauso gewünscht und jetzt werde von den gleichen Fraktionen, die diesen Wunsch hatten, eine Rückverweisung in den Bau- und Planungsausschuss beantragt. Dies empfindet er als sehr merkwürdig. Er denkt, dass man das Thema lang und breit genug behandelt habe und man es nicht weiter verzögern sollte.

Bürgermeister Stukenberg fügt hinzu, dass sich die Sachlage dadurch geändert habe, dass sich eine neue Antragslage ergeben habe.

Bürgermeister Boege möchte darauf hinweisen, dass er den Antrag, ohne vorherige Absprache mit der Politik, gestellt habe. Zum Thema Ehrlichkeit möchte er sagen, dass die Diskussionen im Vorfeld gezeigt hätten, dass selbst Teile der Antragssteller sich über die Konsequenzen dieses Antrages nicht vollständig bewusst seien. Er schlägt vor, dass man dazu Diskussionen im Fachausschuss führe.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN merkt an, dass man im Bau- und Planungsausschuss den Antrag gestellt habe, weil die Anträge nicht rechtzeitig für die Fraktionssitzung vorlagen. Zum anderen, weil das Verhalten im Bau- und Planungsausschuss, einfach nach der Sitzung dem FB IV einen gemeinsamen Antrag vorzulegen, ohne die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN darüber in Kenntnis zu setzen, keine gemeinsame Arbeit sei. Sie betont, dass man dieses Thema heute gerne zu Ende bringen wollte, weil sie ihren Antrag bereits vor vier Monaten gestellt haben und deswegen wollten sie das Thema eigentlich nicht mehr verschieben. Die Rückverweisung sei nicht der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, aber man würde dem stattgeben, um nochmal eine umfassende Diskussion zu ermöglichen.

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion empfindet die Situation als verfahren und schwierig. Er gibt dem Bürgermeister recht, dass man heute eine Fachdiskussion führen werde, die eigentlich im Bau- und Planungsausschuss hätte erfolgen sollen. Er beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung zur Abstimmung unter den Fraktionen.

Bürgermeister Stukenberg unterbricht die Sitzung um 20:00 Uhr. Er führt die Sitzung um 20:05 Uhr fort. Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Bürgermeister Stukenberg lässt darüber abstimmen, den Tagesordnungspunkt 10 „Bürgerentscheid „Lebendige Innenstadt“ vom 18.09.2022“ von der Tagesordnung abzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>13</b>	<b>dafür</b>
<b>18</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte „Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ und „Haushaltsmittel Anmietung und Umbau Büroflächen Stadtverwaltung Ahrensburg“ in nicht öffentlicher Sitzung, mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung, zu.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 11.11.2025 versandten Tagesordnung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>30</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>1</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

## 6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/08/2025 vom 22.09.2025

Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/08/2025 vom 22.09.2025 bestehen nicht.

## 7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

### 7.1. Berichte gem. § 45 c GO

### 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

#### 7.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht Nr. 16/2025. Der Finanzbericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Er fügt hinzu, dass noch wesentliche investive Auszahlungen bis zum 22.12.2025 erwartet werden. Der Bestand werde sich entsprechend nochmal deutlich verringern.

**AN/064/2025**

## 8. Antrag auf Änderungen der Ausschussbesetzung

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/064/2025 der CDU-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg lässt über den Antrag abstimmen.

### Abstimmungsergebnis:

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

## **9. Ehrung von Beiratsmitgliedern**

Bürgermeister Stukenberg erläutert, dass man heute erstmalig auch Beiratsmitglieder ehre. Dies erfolge auf Beschluss des Ältestenrates. Aufgrund der altersmäßigen Möglichkeiten habe man sich entschieden, die Ehrungen für Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates bereits ab einer Mitgliedschaft von 5 Jahren durchzuführen.

Er erzählt, dass die beiden Beiratsmitglieder für die heutige Ehrung bereits länger als 5 Jahre im Kinder- und Jugendbeirat aktiv sind und dankt zunächst ausdrücklich dem Stadtjugendring für die stets gute Zusammenarbeit und spricht seinen besonderen Dank an Frau Jastremski, als Ghostwriterin für die heutigen Ehrungen, aus. Den Beiratsmitgliedern dankt er für ihr lobenswertes Engagement im Kinder- und Jugendbeirat und die Interessenvertretung der Ahrensburger Kinder- und Jugendlichen.

Bürgermeister Stukenberg ehrt die Beiratsmitglieder Jules Niehus und Celine Nowotka für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Kinder- und Jugendbeirat. Es erfolgt die Übergabe einer Urkunde und eines Buchgutscheines an die beiden Beiratsmitglieder durch Bürgermeister Stukenberg und Bürgermeister Boege. Jules Niehus und Celine Nowotka bedanken sich herzlich für diese Ehrung. Diese bedeute ihnen sehr viel, weil sie die gemeinsame Zeit und das, was man zusammen erreicht habe, würdigt.

## 10. Bürgerentscheid "Lebendige Innenstadt" vom 18.09.2022

Bürgermeister Stukenberg eröffnet den Tagesordnungspunkt und möchte zunächst die Antragslage klären. Ihm liegt der als erstes eingereichte Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der WAB zur Aufhebung des Bürgerentscheids (AN/053/2025) vor. Dann gäbe es den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP (AN/085/2025). Zudem gibt es einen Änderungsantrag von SPD und FDP (AN/068/2025) zum Antrag der CDU-Fraktion (AN/067/2025). Zusätzlich habe er zwei Anträge der WAB-Fraktion (AN/088/2025 und AN/089/2025).

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion erläutert die Antragslage. Zur Historie der Anträge erläutert er, dass der CDU-Antrag (AN/067/2025) mit einer ausführlichen Begründung am 24.10.2024 gestellt wurde. Daraufhin wurde von den Fraktionen SPD und FDP der Änderungsantrag (AN/068/2025) zum bestehenden CDU-Antrag gestellt. Dies sei auch die Lage im Bau- und Planungsausschuss gewesen. Weil dieser Änderungsantrag (AN/068/2025) bis auf einige Ergänzungen dem Antrag der CDU-Fraktion (AN/067/2025) entsprach, habe man sich diesen Antrag zu Eigen gemacht und in Folge dessen gab es dann den dritten (gemeinsamen) Antrag (AN/085/2025) der Fraktionen CDU, SPD und FDP. Damit die anderen Fraktionen die Gelegenheit haben, diesen Antrag (AN/085/2025) in Gänze zu beraten habe man diesen vorab verteilt.

Bürgermeister Stukenberg hinterfragt, ob es nun noch alle Anträge gibt oder nur noch den Antrag AN/085/2025. Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion antwortet, dass es den AN/085/2025 gibt und wenn dieser positiv beschlossen werde, dann seien die Anträge AN/067/2025 und AN/068/2025 obsolet. Sollte er hingegen keine Mehrheit finden, würden die Anträge AN/067/2025 und AN/068/2025 bestehen bleiben.

Bürgermeister Stukenberg erläutert die potenzielle Reihenfolge der Anträge. Als weitest gehender Antrag werde der Antrag AN/053/2025 von den Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und WAB zuerst abgestimmt (Aufhebung Bürgerentscheid). Als nächstes komme der Antrag AN/089/2025 der WAB-Fraktion (Entlassung der Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid). Danach komme der Änderungsantrag AN/088/2025 der WAB-Fraktion (Aufhebung Regelung 24h-Zugänglichkeit) zum Antrag AN/085/2025. Anschließend werde der Antrag AN/085/2025 behandelt. Sollte dieser nicht beschlossen werden, würden zunächst der Antrag AN/068/2025 und anschließend der Antrag AN/067/2025 behandelt werden.

Bürgermeister Stukenberg fordert die Fraktionen zunächst dazu auf, ihre Anträge einzubringen. Die Debatte erfolge anschließend.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN geht darauf ein, dass das eigentliche Thema nicht das Bürgerbegehren sei, sondern die lebendige Innenstadt (Beschluss zur Hamburger Straße von 2019/2020; getragen damals von den Fraktionen WAB, CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN). Es ging darum, die Hamburger Straße barrierefreier und

freundlicher für alle Verkehrsteilnehmer zu gestalten. Dort sei genau besprochen worden, wie Autoparkplätze aussehen sollten. Im Ergebnis sollten von den 51 Parkplätzen 34 wegfallen. Es wären 17 Parkplätze übriggeblieben. Er merkt an, dass es in einem der anderen Anträge um 20 Parkplätze gehe, die Minimum verbleiben sollen. Es handle sich um einen Unterschied von 3 Parkplätzen. Nach dem Beschluss zur Hamburger Straße kam Corona und dann das Bürgerbegehren. Der Bürgerentscheid habe ein knappes Ergebnis hervorgebracht und öffentliche Parkplätze im Innenstadtbereich durften ohne Ersatz nicht weggenommen werden. Inzwischen sei es so, dass der Bürgerentscheid wie ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden kann und die Bindungsfrist abgelaufen ist. Jetzt könne man darüber diskutieren, ob der Bürgerentscheid noch Sinn mache und bleiben soll oder ob dieser geändert werden kann. Er merkt an, dass sich zwischenzeitlich die Lage geändert habe und führt aus, dass Parkplätze dazugekommen seien. Diese gehören zwar nicht zu den öffentlichen Parkplätzen, aber es seien nicht öffentliche Parkplätze in großer Zahl dazugekommen. Dabei handele es sich zum einen um die Parkplätze unter dem Rathausplatz (ca. 80-90 Parkplätze) und zum anderen um die Parkplätze in der Tiefgarage vom EDEKA (158 Parkplätze) auf der alten Reitbahn. Diese seien nicht öffentlich zugänglich, aber vorhanden. Insgesamt seien somit knapp 240-250 Parkplätze hinzugekommen. Jetzt diskutiere man über faktisch 3 Parkplätze Unterschied.

Er sagt, dass die damalige Planung der Hamburger Straße darum ging, eine Verbesserung der Barrierefreiheit in der Hamburger Straße und der Ahrensburger Innenstadt zu schaffen. Er findet nicht, dass eine lebendige Innenstadt aus Autos bestehen sollte, welche auf der Suche nach einem Parkplatz Runden fahren. Auch parkende Autos in der Hamburger Straße würden keine lebendige Innenstadt darstellen. Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN habe den Antrag AN/053/2025 zur Aufhebung des Bürgerentscheids gestellt, um überhaupt wieder etwas in der Hamburger Straße machen zu können. Als Zusatz habe man beantragt, den provisorischen Parkplatz bis Ende Februar 2027 zu verlängern. Dies habe den Hintergrund, dass der provisorische Parkplatz hinter dem Rathaus in dem Bürgerentscheid enthalten sei. Bei einer Aufhebung des Bürgerentscheids würde sonst auch der provisorische Parkplatz dementsprechend wegfallen. Dieser Parkplatz hänge jedoch gleichzeitig auch an einer Baugenehmigung und es mache entsprechend Sinn, diesen bis Februar 2027 zu verlängern.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der Fraktion WAB möchte zu dem Vortrag von Stadtverordnetem Gertz zum Antrag AN/053/2025 ergänzen, dass die besondere Gemengelage sei, dass man bereits eine fertige Planung für die Hamburger Straße habe. Bezüglich des Abflusses der Fördermittel habe man Zeitnot und nur beschränkte finanzielle Mittel. Anderenfalls müsste man schauen, wie man die Mittel anderweitig verwendet. Es sei ein ganz wichtiger Punkt, dass man unverzüglich beginnen könne. In der Stellungnahme der Verwaltung habe man gehört, dass selbst wenn alles optimal laufe, man erst 2027 umbauen könne. Er betont, dass die Hamburger Straße höchste Priorität habe und er hoffe auf eine entsprechende Einigung, damit man damit anfangen könne.

Er führt weiter aus, dass die WAB-Fraktion nach Bekanntwerden des Antrages AN/085/2025 keine Fraktionssitzung mehr hatte und diesen nicht mehr beraten

konnte. Entsprechend wurden die neuen Anträge der WAB-Fraktion erst kurzfristig eingereicht. Den Antrag AN/085/2025 erst nach der Sitzung zu verteilen, sei ein taktischer Gewinn für die antragsstellenden Fraktionen gewesen, aber nicht hilfreich für die Sache. Er führt aus, dass es absehbar sei, dass der Antrag AN/053/2025 (Aufhebung Bürgerentscheid) keine Mehrheit bekommen werde, daher habe man den Antrag AN/089/2025 (Entlass der Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid) gestellt. Damit möchte man den anderen Fraktionen „eine Brücke bauen“ um zu sagen, dass der Bürgerentscheid bestehen bleibt, aber man die Hamburger Straße daraus entlässt, damit man dort bauen kann. Bei Gesprächen mit Stadtverordneten, insbesondere aus der CDU-Fraktion, hätten alle immer wieder betont, dass sie sich keine Neuplanung der Hamburger Straße wünschen. Insofern sei es ausreichend, die Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid zu entlassen.

Zum Antrag AN/088/2025 führt Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion aus, dass dieser auf den AN/085/2025 abzielt. Im Inhalt sei dieser selbsterklärend, aber nicht im Hintergrund. Im ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion findet sich eine Begründung für die 24h-Regelung. Und zwar nach einem Gutachten einer Städtebaugesellschaft, sei eine Stadt nicht nur zum Shoppen da, sondern auch für andere Sachen und daraus folgert man, dass 24h/7Tage zugängliche Parkplätze notwendig seien. Er betont, dass die Stadt gewiss kein Problem mit fehlenden Parkplätzen in der Innenstadt nach 22 Uhr habe. Diese 24h/7Tage-Forderung sei offensichtlich ein Winkelzug um die Parkplätze unter dem Rathausplatz nicht mitzuzählen. Unter dem Rathausplatz befinden sich 80 neue Parkplätze und man könnte mit der Hamburger Straße anfangen und sogar, dem Sinne nach, den Bürgerentscheid bestehen lassen. Die 24h/7Tage-Forderung hält er für einen „Show-Antrag“. Man brauche keine 200 zusätzlichen, 24h/7Tage zugänglichen Parkplätze, die irgendwie errichtet werden. Zudem die Verwaltung auch sagt, dass es hierfür keine geeignete Fläche gäbe.

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion stellt den Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP vor. Er erklärt, dass alle Fraktionen die Hamburger Straße machen wollen und man sich darüber einig sei. Der Weg dahin unterscheide sich jedoch. Die einen wollen den Bürgerentscheid gänzlich aufheben, um die Hamburger Straße machen zu können. Die anderen möchten den Kern, die Hamburger Straße, aus dem Bürgerentscheid herausnehmen, um die Hamburger Straße anzugehen. Gleichzeitig läge bei diesem Antrag der zweite Schwerpunkt auch darauf, dass man keine Not habe, wenn der provisorische Parkplatz abgebaut und die Hamburger Straße auf vielleicht 20 Parkplätze reduziert werde. Auch weiterhin will man eine Strategie haben, wo man in den nächsten Jahren Parkplätze erstellen kann. Sowohl privatwirtschaftlich als auch eventuell städtisch. Man wolle die Sorgen und Nöte aus der Innenstadt von den Händlern und Gewerbetreibenden wahrnehmen. Diese würden sich Sorgen machen, wie es zukünftig weitergeht und die Prognosen zu Mieten, Erweiterungen, Mitarbeiteranstellungen etc. seien Überlegungen, die die Händler und Gewerbetreibenden rumtreiben. Die Parkplätze unter dem Rathausplatz werden immer wieder angesprochen und man wisse nicht so recht, ob es diese Parkplätze auch im nächsten Jahr noch geben werde oder ob die Tiefgarage wieder zugemacht wird. Die Parkplätze an der alten Reitbahn auf 2 Ebenen

seien ein schöner Erfolg der Politik, aber sie würden derzeit noch nicht richtig angenommen und könnten nicht als Ersatz für den provisorischen Parkplatz herangezogen werden.

Er möchte auch erwähnen, dass die Reaktion aus der Innenstadt so sei, dass im Schnitt 65% der Konsumenten aus dem Umland kämen und diese Besucher auch Parkplätze brauchen. Auch sonst könne nicht jeder mit Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln in die Innenstadt kommen. Eine ausreichende Stellplatzversorgung sei daher auch ein Teil der Inklusion.

Zuletzt merkt er an, dass es durchaus berechtigt sei, wenn man einwendet, dass eine lebendige Innenstadt nicht allein durch Stellplätze entstehe, aber ohne Stellplätze könne eine lebendige und attraktive Innenstadt nicht auf Dauer überleben.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion spricht zum gemeinsamen Antrag AN/085/2025 als auch zum ursprünglichen Änderungsantrag AN/068/2025. Zur Genese führt er aus, dass es sich bei dem AN/085/2025 um den übernommenen Änderungsantrag in den CDU-Antrag handelt. Es sei darum gegangen, dass in eine geeignete Form für die heutige Stadtverordnetenversammlung zu bringen, sodass es auch transparent sei.

Zum Inhalt erläutert er, dass man sich ursprünglich dazu berufen gefühlt habe, den Änderungsantrag AN/068/2025 zu stellen, sei gewesen, dass in der inhaltlichen Diskussion aufgefallen war, dass aus Sicht der Fraktionen SPD und FDP noch das ein oder andere „Einfallstor für Missverständnisse oder Probleme“ bestand, die auch der Begründung nach nicht im CDU-Antrag intendiert waren. Unter anderem sei ihnen wichtig gewesen klarzustellen, dass man nicht den Weg gehen wolle, den Bürgerentscheid aufzuheben und sich dann auf den guten Willen zu verlassen, dass es dann gelingen mag, ein Ersatz für wegfallende Parkplätze zu schaffen. Und das es dann auch noch gelingen mag, die Problematik des Stormarnplatzes auszuräumen. Er erinnert daran, dass der wiederholte, ersatzlose Wegfall der Parkplätze in der Hamburger Straße – nach entsprechenden Erfahrungen am Lindenhof – der Grund war, warum der Bürgerentscheid zustande gekommen sei.

Er möchte Stadtverordneten Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN insofern korrigieren, dass man 20-30 Parkplätze in den Antrag geschrieben habe. Dass man gesagt habe, mindestens 20 sei in der Tat schon sehr weit runter und müsste nach den Skizzen, die man angefertigt habe, mindestens möglich sein.

Aus Sicht der Fraktionen SPD und FDP stelle sich die Lage in der Hamburger Straße auch insofern etwas anders dar, als das eine Anpassung der Planung ohnehin dringend erforderlich sei. Er führt ein konkretes Beispiel an und sagt, dass man um eine Anpassung der Planung ohnehin nicht drum rumkäme und dies nutzen sollte. Das tiefere Ziel der ganzen Befassung mit der Problematik sei auch das, aus diesem Konflikt, den dieser Bürgerentscheid ausdrückt, herauszukommen. Dies sollte geschehen, in dem man ein ehrliches Angebot macht und sagt, dass man diese Bedenken ernst nimmt. Man wolle wirklich ein reales Angebot schaffen und den Bürgerentscheid ernst nehmen. Dies hätte schon vor Jahren erfolgen müssen und umso dringender sei man heute in der Pflicht dafür zu sorgen, dass Bewegung in die Angelegenheit kommt. Es sei daher auch ganz wichtig, dass man erst liefert, bevor man dann, möglicherweise den Bürgerentscheid ändert. Man wolle nun erst ins Machen kommen und alles Weitere, sei danach eine rechtliche Formsache. Er fasst zusammen, dass man einen Ersatz für die wegfallenden Parkplätze und

ebenso eine Anpassung für die Planungen in der Hamburger Straße brauche und man ebenfalls an einer Lösung für den Stormarnplatz arbeiten müsse. Anderenfalls habe man zwei Probleme: Entweder die Parkplätze fallen ersatzlos weg oder das Provisorium wird zur Dauerlösung. Er dankt der CDU-Fraktion, dass diese den Änderungsantrag übernommen und erlaubt hat, den gemeinsamen Antrag AN/085/2025 zu stellen.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass Applaus und Unmutsbekundungen aus dem Publikum nicht gestattet seien.

Die CDU-Fraktion verzichtet darauf, den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion einzubringen. Bürgervorsteher Stukenberg eröffnet die Debatte.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat zunächst zwei inhaltliche Fragen. Sie fragt, ob die im Antrag AN/085/2025 benannten „ausreichend Kurzzeitparkplätze und Ladezonen“ zusätzlich zu den 20-30 Parkplätzen oder inklusive gemeint sind. Aktuell geht sie davon aus, dass diese hinzukommen. Weiterhin bittet sie zu definieren, was „ausreichend“ bedeutet.

Zum vierten Punkt fragt sie, ob sie es richtig verstehe, dass man heute beschließe, dass man nichts beschließt. Dieser Beschluss solle also erst gleichzeitig mit der Umsetzung der Optimierung der Planung Hamburger Straße fallen.

Stadtverordnete N. Levenhagen schließt ihren Wortbeitrag an und führt aus, dass es damals Pläne zur Hamburger Straße gab, welche von den Fraktionen CDU, WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN unterstützt wurden. Sie weist darauf hin, dass es auch Pläne bei der Alten Reitbahn, welche gemeinsam mit der CDU-Fraktion unterstützt worden sind und auch zum provisorischen Parkplatz, welche von der CDU-Fraktion unterstützt wurden, gab. Zudem gab es von der CDU-Fraktion das Einverständnis, dass, wenn die Alte Reitbahn geöffnet worden ist, dann der provisorische Parkplatz geschlossen werde. Auch dies habe die CDU-Fraktion damals zugesagt. Sie wundert sich sehr, dass plötzlich von diesen Worten nicht mehr viel übrig sei. Bisher habe sie auch noch keine Begründung wahrgenommen, warum dies so ist.

Sie möchte auf den Antrag von der CDU-Fraktion eingehen und führt hierzu die Stellungnahme der Verwaltung an. Führt aus, dass die drei Fraktionen in ihrem Antrag AN/085/2025 Minimum 20 Parkplätze (also 3 mehr) und zusätzlich Kurzzeit- und Ladezonen fordern. Sie führt aus, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme schreibt, dass es hierfür zu einer Überplanung der Hamburger Straße kommen muss. Sie war bei der damaligen Planung der Hamburger Straße dabei und man habe sich wirklich angesehen, wie die Sichtbarkeit für die Fußgänger und für die Fahrradfahrer ist und man sei auf diese Anzahl von Parkplätzen gekommen. Sie sagt, dass mehr Parkplätze sowie mehr Kurzzeitparkplätze und Ladezonen im gleichen Moment auch weniger Platz für Fußgänger und Fahrradfahrer bedeuten. Dies widerspreche dem eigentlichen Ziel, die Hamburger Straße lebendiger zu machen – und zwar nicht nur einseitig für die Autofahrer, sondern für die gesamte Innenstadt gleichermaßen.

Aus ihrer Sicht widerspreche man jetzt den damaligen Zielen. Eine Aktualisierung der Planung für die Hamburger Straße sei ohnehin ein Prozess

der laufenden Verwaltung. Sie führt aus, dass die Antragsteller weiterhin den Rückbau des Provisoriums und dafür entfallende Stellplätze möchten, Stichtag 01.11. Zu diesem Stichtag waren es 200 Parkplätze die man dann mehr hat. Mit Blick in die Innenstadt habe man jetzt die Tiefgarage unter dem Rathausplatz sowie die bei EDEKA neu. EDEKA werde nicht angenommen und die Auslastung auf dem provisorischen Parkplatz sei etwas über 50%. Beim Blick auf die Straßen in der Innenstadt habe sich jedoch nichts geändert. Weiterhin würden alle in die Hamburger Straße und die Große Straße fahren. Sie sagt, solange man noch so viele Parkplätze in der Innenstadt vorrätig hält, sei keiner veranlasst, woanders zu parken. Als Beispiel führt sie an, dass sie 20 Minuten vorm Ärztehaus stand und in dieser Zeit das gleiche Auto 6x in die Straße gefahren sei. Dies, obwohl man anscheinend Parkhäuser habe, die nicht richtig gefüllt seien. Daran merke man, dass die Innenstadt auch nicht entlastet werde, wenn man ein Parkhaus bauen würde. Sie sei gespannt, wie die CDU-Fraktion aus „der Nummer“ wieder herauskommen will. Die CDU-Fraktion wolle Parkplätze bauen, aber habe ein Parkhaus erst vor Kurzem im Bau- und Planungsausschuss ausgeschlossen.

Zum Punkt 3 (Parkleitsystem) führt sie aus, dass man dies schon mehrfach beschlossen habe und dies auch heute gerne wieder tun könne.

Abschließend möchte sie in aller Deutlichkeit sagen, dass man mit dem Antrag AN/085/2025 mehr Parkplätze in der Hamburger Straße und weniger Platz für Fußgänger und Radfahrer beschließe. Mit diesem Antrag sei der Stillstand für die nächsten Jahre und laut Verwaltung, bis auf unbestimmte Zeit gesichert.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion möchte ergänzen, dass die SPD-Fraktion gesagt habe, man liefere jetzt erstmal, bevor man Parkplätze abbaue. Jetzt stelle sich die Frage, was man liefern wolle. Die Hamburger Straße kann mit dem Antrag AN/085/2025 nicht in Angriff genommen werden, bevor nicht 150 Parkplätze entstehen. Dies stehe so in dem Antrag. Laut dem Antrag werden drei Sachen miteinander gekoppelt, der Bürgerentscheid, der Ersatz der Parkplätze und die Planung. Er fragt, wo man in der Innenstadt noch Parkplätze schaffen wolle. Die Idee mit einem Parkhaus auf dem Stormarnplatz ergäbe Nutzungskonflikte, welche alle längst beschrieben worden seien. Dafür bräuchte man einen neuen Bebauungsplan und man würde die Sportplätze verlegen müssen. Dazu käme noch die Frage, wer dieses Parkhaus bauen soll. Er merkt nochmals an, dass die vorhandenen Parkhäuser praktisch leer stehen würden, z.B. am Woldenhorn. Die Mehrheit werde heute entscheiden, aber alle gemeinsam müssen mit den Konsequenzen leben. Wenn die Konsequenz für die Antragsteller ist, dass sie die Idee haben, dass man jetzt noch 5 Jahre den Stormarnplatz überplane und gleichzeitig noch Millionen für ein städtisches Parkhaus ausgabe, nur damit man 34 Parkplätze in der Hamburger Straße habe, damit richte man die Hamburger Straße hin. Er sagt, dass es klar sei, dass für die nächsten 4-5 Jahre nichts passieren werde.

Stadtverordneter Schäfer von der CDU-Fraktion erinnert daran, dass der Bürgerentscheid vor 3 Jahren entschieden wurde. In diesen 3 Jahren habe man Stagnation gehabt und es sei nichts getan worden, obwohl man bereits sehr viel hätte tun können. Dies habe man aus bestimmten Gründen nicht getan. Er führt aus, dass der Schlüssel der Wirtschaftskraft einer Innenstadt bei der Wirtschaft liege. Hierüber sollte man sich immer wieder im Klaren sein. Die in der Innenstadt überwiegend Inhabergeführten Gewerbebetriebe schaffen

Arbeitsplätze, zahlen Steuern und sorgen durch attraktive Einkaufs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für eine lebendige Innenstadt. Zu dieser gehören natürlich auch Fußgänger und Radfahrer. Er betont, dass niemand davon gesprochen habe zu versuchen, diese anderen Dinge zu beeinträchtigen. Man wolle eine Planung, welche bestimmte, neue Dinge berücksichtigt. Es sei die Aufgabe der Politik und der Verwaltung Planungssicherheit für die Zukunft herzustellen. Nur, wenn diese gegeben sei, könnten Entscheidungen wie Investitionen, Mietverträge, Personaleinstellungen etc. erfolgen.

Die CDU-Fraktion habe sich mit den Gewerbetreibenden und den Bürgern, die den Bürgerentscheid entschieden haben, auseinandergesetzt und daher käme auch der Wandel. Sie denken, dass der Bürgerwille nicht einfach „wegzuwischen“ gilt und ernst zu nehmen ist. Das Ergebnis der durchgeführten Befragungen zur Hamburger Straße habe ergeben, dass sich alle darüber einig seien, dass dort etwas geschehen müsse. Der Beschluss zur Hamburger Straße, der vor 6 Jahren beschlossen wurde, wurde intensiv diskutiert, aber er habe in Ahrensburg noch kein Projekt erlebt, dass in 6 Jahren keine Veränderungen erfahren hätte. Beispielsweise seien die ursprünglichen Kosten mit 3,5 Mio. €, abzüglich der Förderungsmaßnahmen, geplant worden. Er behauptet, dass diese Zahl nicht mehr stehe, aber für die weiteren Planungen und Besprechungen im Rahmen des Haushaltes relevant sein wird. Zudem könnte die Verwaltung bereits jetzt beginnen, sich mit der Überplanung auseinander zu setzen. Er sieht nicht, wo hierdurch eine Verzögerung von 4 Jahren entstehen sollte. Nach Abschluss der Planung und mit Vorliegen eines planungswürdigen Entwurfes in der Stadtverordnetenversammlung könne man entscheiden und dann könne die Umsetzung erfolgen.

Zum Punkt vier führt er aus, dass wenn eine Planung vorliegt, die entschieden worden ist, die Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid herausgenommen werden kann. Es verhindere niemand, die Planung und Umsetzung vorzunehmen.

Zuletzt merkt er an, dass es den Gewerbetreibenden nicht um die jetzige Situation der Planung der Parkplätze gehe, sondern um die in Zukunft in der Hamburger Straße wegfallenden Parkplätze und um die zukünftig, durch den Rückbau des provisorischen Parkplatzes, wegfallenden 150 Parkplätze. Um diese Fragestellung, des Ersatzes dieser zukünftig rund 150 wegfallenden Parkplätze, würden sich die Gewerbetreibenden Gedanken machen.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion spricht zur Erklärung zu Punkt vier. Man würde den Punkt vier heute beschließen, aber es stimme, dass man heute nicht beschließen, dass der Bürgerentscheid ausgesetzt wird. Man würde ankündigen, dass man dies, wenn nötig, dann tut, wenn man „geliefert“ habe. Hier sei die Reihenfolge ganz entscheidend, dass man den Bürgerentscheid erst aussetze, nachdem man Ersatz geschaffen habe.

Zur Thematik 01.11.2025 merkt er an, dass es ihnen genau darum gehe, dass die EDEKA-Kundenparkplätze nicht mal eben als der Ersatz für die wegfallenden Parkplätze gerechnet werden. Es gehe auch darum, dass ebenfalls die Parkplätze unter dem Rathausplatz nicht als Ersatz für die wegfallenden Parkplätze gerechnet werden, weil diese von heute auf morgen wegfallen könnten. Man wisse einfach nicht, was dort die Zukunft bringe. Deswegen seien diese Parkplätze, auch aus Sicht der sehr besorgten Kaufleute, kein Planungsinstrument. Die Frage die sich stelle sei, welchen Weg man gehen wolle. Er fragt, ob man die Bedenken der Kaufleute einfach „vom

Tisch wischen“ wolle oder nicht. Er glaubt, dass man jetzt schauen müsse, dass man tatsächlich in eine Planung hineinkomme.

Zum Thema Hamburger Straße wurde hier der Eindruck erweckt, dass sich dies jetzt langfristig verzögere, aber die Planung müsse ohnehin angepasst werden. Zudem lebe man in einer Zeit, in der die Hamburger Straße leider auch ihr Gesicht verändert habe. Damals habe man einen großen Einkaufsboulevard für die Hamburger Straße geplant, aber mittlerweile habe die Hälfte der Straße ihr Gesicht nachhaltig verändert. Dies werde sich nicht zurückdrehen lassen. Dort sind jetzt Ärztehäuser und insgesamt eine andere Situation auf die man sowieso reagieren müsse – auch ganz unabhängig vom Bürgerentscheid. Dies habe auch etwas mit verantwortungsvoller Stadtplanung zu tun, denn, wenn eine Straße sich so signifikant verändert, müsse man die Planung ohnehin überarbeiten.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion findet es spannend, dass von den Fraktionen, die in den letzten 3,5 Jahren jegliche Entwicklung in der Hamburger Straße blockiert und sich verweigert hätten mit der Verwaltung und den Kaufleuten, auch nur ansatzweise an der Planung der Hamburger Straße zu arbeiten, nunmehr jene Fraktionen angegriffen werden, welche sich jetzt hier hinstellen und sagen, dass es den Bürgerentscheid grade aus dem Grund gab, weil die Menschen, die die lebendige Innenstadt darstellen, nicht gehört worden sind. Jetzt werde man dafür angegriffen, dass man jetzt nach 3 Jahren erwarte, dass eine Planung gemacht werde, gemeinsam mit den Menschen, welche betroffen sind. Dies findet er fadenscheinig. Er geht auf die Zwischenrufe von Stadtverordneter Schmick ein, welche fragte, welche Planung vorgelegt werden solle. Er erläutert, dass man eine Planung erwarte, die in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gewerbetreibenden und Bürger\*innen entstehe. Wenn diese Planung geliefert werde und tatsächlich auch eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erhalte, erst dann wolle man den Bürgerentscheid aufheben.

Er führt aus, dass sich sein persönliches Vertrauen, bezüglich Prüfaufträgen an die Verwaltung, stark in Grenzen halte. Man sei nicht bereit, einen Freifahrtschein zu erteilen und zu sagen, man hebe zunächst den Bürgerentscheid auf, in der Hoffnung, dass dann im Rahmen einer Prüfung festgestellt wird, dass es möglicherweise doch noch Möglichkeiten gibt, diese Planung zu ändern. Er erinnert an eine Stellungnahme an das Innenministerium, welche von einem Mitarbeiter der Verwaltung geschrieben wurde, in der stand, dass man, sobald die Haltefrist vorbei sei, die alte Planung so weiterführen wolle, wie bisher. Er betont, dass, wenn er solche Stellungnahmen im Bau- und Planungsausschuss mitbekomme, nicht von der Politik erwartet werden könne, den Bürgerentscheid zuerst aufzuheben um zu sehen was passiert.

Er betont, dass das Vorgehen im Antrag AN/085/2025 richtig sei und dankt der CDU-Fraktion, dass man gemeinsam zuerst in die Detailtiefe gehen wolle um die Möglichkeiten auszuloten und zu sehen, wie man auf die Veränderungen in der Hamburger Straße reagiert. Im Ergebnis solle eine Planung vorgelegt werden, welche alle Seiten zufrieden stellt.

Bürgervorsteher Stukenberg mahnt an, dass einzelne Mitarbeiter der Verwaltung nicht denunziert werden sollen. Bei Kritik an der Verwaltung trage

der Bürgermeister die Verantwortung und wäre auch der Adressat und nicht einzelne Personen aus dem Rathaus mit öffentlicher Namensnennung.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion möchte zunächst auf die Redebeiträge der Stadtverordneten Schäfer von der CDU-Fraktion und Bellizzi von der FDP-Fraktion eingehen. Zu der Aussage von Stadtverordnetem Schäfer, dass man so viel hätte tun können in den letzten Jahren, entgegnet er, dass er in diesen Arbeitsgruppen aktiv war und man sich vielfach mit den Kaufleuten getroffen habe. Dabei sei nicht viel entstanden und dies lag weder an der Politik noch an der Verwaltung. Es sei nur der Aufruf gekommen, dass man ein Parkleitsystem brauche. Dies habe man längst beschlossen. Dass man viel hätte tun können, möchte er nicht „auf sich sitzen“ lassen. Dann würde er gerne hören, was man hätte tun können.

Er führt aus, dass man auch intensiv geschaut habe, wo man die Ersatzparkplätze bauen könne, mit dem Ergebnis, dass dafür keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen. Dies dürfe man nicht vergessen, denn der Bau von neuen Parkplätzen sei gar nicht möglich, weil man entweder kein Baurecht habe oder man die nötigen Flächen nicht habe. Folglich sei das, was man hier beschließen soll eine Verhinderung von Innenstadtentwicklung. Alle seien sich einig, dass die Hamburger Straße schnell gemacht werden müsse, aber so werde sie nicht gemacht werden, weil die faktischen Voraussetzungen fehlen. Er geht darauf ein, dass man aktuell in top Lage 200 Parkplätze mehr in der Innenstadt zur Verfügung habe. Näher heran komme man mit keinem Bauprojekt. Die Innenstadt müsste eigentlich boomen oder es liege vielleicht gar nicht an den Parkplätzen, dass irgendetwas nicht funktioniert. Dann werde auch kein Parkhaus und kein zusätzlicher Parkplatz irgendetwas ändern. Er fragt sich, ob es vielleicht daran liegt, dass der Parkplatz bei EDEKA nicht gut angenommen werde, weil es einfach genug Parkplätze gibt. Wer näher an der Innenstadt parken wolle, könne dies auch tun. Jetzt wolle man für Minimum drei Parkplätze mehr das Projekt aufhalten, damit in der Hamburger Straße 20 Parkplätze statt 17 entstehen. Dies hält er für Wahnsinn.

Er geht darauf ein, dass die Zahlen der Mehrkosten im Bau- und Planungsausschuss behandelt wurden. Mit den neuen Förderrichtlinien sei es so, dass man aktuell die Mehrkosten noch tragen könne. Bei einer Verzögerung wäre jedoch bei dem aktuellen Baupreisindex ein Genehmigungsverfahren viel aufwendiger, weil es an das Innenministerium gehen müsste. Wenn man schnell sei, könne man sich dies ersparen.

Da die Ausschlussdiskussionen übersprungen wurden, hat er noch inhaltliche Fragen. Er möchte zur „Optimierung der Planung“ einmal ganz deutlich wissen, ob gewollt sei, dass die Planung geöffnet werde und das Bauamt eine neue Planung erstellt, welche neu im Bau- und Planungsausschuss abgestimmt werden soll.

Die CDU-Fraktion erwidert, dass man keine neue Planung wolle. Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion antwortet, dass eine Optimierung auf Basis der alten Planung erfolgen soll und keine vollständige Neuplanung.

Weiterhin fragt er zum Antrag AN/085/2025 zu dem Punkt „die Verwaltung soll sich um die derzeitigen und zukünftigen technischen und umweltspezifischen Kriterien kümmern“ woher die Verwaltung die zukünftigen technischen und

umweltspezifischen Kriterien kennen soll. Sie könne ja nur die kennen, die es schon gäbe und nicht die, die noch kommen mögen.

Zudem gehe der Antrag auf den Parkplatzbestand zum Stichtag 01.11.2025 ein, zu dem man 200 Parkplätze mehr habe. Dies sei aus seiner Sicht verrückt. Zu dem Satz „dabei sind öffentliche und private Investitionen, z.B. Parkhäuser oder Parkflächen Dritter mit 24h-Zugänglichkeit einzubeziehen“ hinterfragt er, ob diese 24h-Zugänglichkeit auch für die öffentlichen Parkplätze gelte. Laut dem Satz lese er heraus, dass dies nur bei den privaten Investitionen so sein müsse. Er betont, dass die Aussage, dass die Parkplätze unter dem Rathausplatz jederzeit wegfallen könnten, für jede private Investition gelte. Jeder, der so etwas privat betreibe, könne es jederzeit zu machen. Er betont, dass dies keine Besonderheit an dem Parkplatz unter dem Rathausplatz sei. Zuletzt geht er darauf ein, dass dem Wortlaut des Antrages zur Folge zuerst Ersatzparkplätze geschaffen werden müssen, bevor man etwas mache. Er fragt sich was sei, wenn die Stadt mal eine größere Sanierungsmaßnahme durchführen müsse (z.B. Sanierung Rathausplatz) und diese Parkplätze für einen längeren Zeitraum wegfallen würden. Er fragt, ob dann auch zunächst Ersatzparkplätze geschaffen werden müssten.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion beantragt eine namentliche Einzelabstimmung für die Punkte 1 und 4 des Antrages AN/085/2025. Die Abstimmungsergebnisse werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Bürgermeister Boege erklärt, dass er die Vertagung nicht ohne Grund beantragt habe. Auch im letzten Redebeitrag seien Fragen aufgeworfen worden, welche sich der Verwaltung auch stellen. Er habe es so verstanden, dass keine Neuplanung gewünscht sei, aber Stadtverordneter Bellizzi habe ausführlich davon gesprochen, dass eine Umplanung unter Beteiligung der Anwohner und Unternehmen stattfinden solle. Dies passe schon nicht zusammen.

Er erläutert, dass jede Umplanung die man vornehmen werde dazu führe, dass sich das Vorhaben auf unbestimmte Zeit verschiebe. Eine Umplanung bedeute eine Einschaltung des Planungsbüros. Aktuell wisse man gar nicht, ob das Planungsbüro auf dieser Grundlage überhaupt bereit sei weiterzuarbeiten. Das Planungsbüro habe bereits sehr viel Arbeit in die vorliegende Planung gesteckt. Wenn dies der Fall wäre, so müsste man in eine neue, europaweite Ausschreibung gehen. Bei einer Umplanung werde man zudem auch neue Anträge für die Städtebauförderung stellen müssen, weil die Zuschüsse auf der jetzigen Planung beruhen. Die Planungs- und Förderrichtlinien seien gesetzliche Vorgaben und man wisse nicht, zu welchem Ergebnis diese führen würden.

In jedem Fall brauche die Umplanung Zeit und, ob am Ende die hier geweckten Erwartungen mit den gestellten Forderungen auch erfüllbar seien, sei ungewiss. Die vorbereitenden Maßnahmen für die Umgestaltung der Hamburger Straße im Bereich der Unterflurarbeiten seien ebenfalls auf die aktuelle Planung ausgerichtet. Man könne beispielweise nicht Bäume einfach verschieben, weil man die Leitungen im Boden so gelegt habe, dass die Hamburger Straße so gestaltet wird, wie sie politisch beschlossen wurde. Hierzu gab es einen langen Abstimmungsprozess mit einer Planung, welche die Basis für sämtliche Arbeiten darstellte.

Bei einem möglicherweise umfassenden Beteiligungs- und Umplanungsprozess, welcher von ganz anderen Voraussetzungen für die Hamburger Straße ausgehe, sei es nicht zu sagen, wann es eine Umgestaltung der Hamburger Straße geben werde.

Er betont, dass er das Ansinnen der CDU-Fraktion so bisher nicht verstanden habe.

Zu den Parkplätzen unter dem Rathausplatz möchte er anmerken, dass dies Parkplätze seien, für die es eine Verpflichtung gebe sie öffentlich zugänglich zu machen. Er habe sehr erfolgreich durchgesetzt, dass diese Parkplätze geöffnet wurden. Man sei auch jederzeit bereit hier weitere rechtliche Maßnahmen einzuleiten, sofern die Zugänglichkeit dieser Parkplätze eingeschränkt werde. Dies sei ein theoretisches Thema, welches für jedes private Parkhaus in der Stadt gelten könnte.

Zum Ersatz der provisorischen Parkplätze sagt er, dass es so sei, dass eine komplette zweite Ebene an der Alten Reitbahn geschaffen wurde. Diese sei auf Forderung der Politik entstanden, um die Parkplätze, die damals weggefallen sind, zu kompensieren. Dies sei ein politischer Erfolg.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchte auf eine Bemerkung der Stadtverordneten Gaumann und Schäfer eingehen. Am Anfang der Debatte hieß es, dass alle die Hamburger Straße wollen würden und dennoch habe man jetzt hier einen Antrag, welcher genau dies verhindere. Mit dem vorliegenden Antrag werde die Hamburger Straße nicht gemacht. Er verstehe, dass man sagt, der provisorische Parkplatz sei ein Thema. Jetzt aber mache man die Hamburger Straße, mit der Reihenfolge des Beschlusses, auch von dem provisorischen Parkplatz abhängig. Man hätte auch sagen können, dass man jetzt die Hamburger Straße mache und der provisorische Parkplatz ein Thema bleiben müsse. Unabhängig vom Bürgerentscheid wisse man, dass der provisorische Parkplatz Ende Februar 2027 wegfallen werde.

Er zieht das Fazit, dass die CDU-Fraktion mit dem gestellten Antrag die Hamburger Straße aufhalte. Dementsprechend werde auch die Aufenthaltsqualität für die Bürger\*innen, die nicht mit dem Auto da reinfahren, verhindert. Er sei sich sicher, dass die Steigerung der Aufenthaltsqualität von allen gewünscht sei, insbesondere den Geschäftsleuten, die gerne die Möglichkeit nutzen würden, Sitzplätze vor ihren Gewerben zu schaffen. Dieser Bereich sei der Hauptplatz an dem die Bürger\*innen gerne draußen sitzen und sich aufhalten.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt aus, dass man mit dem Bürgermeister sehr kreativ geprüft habe, wo man Parkplätze schaffen könne und welche Möglichkeiten es gäbe. Im Ergebnis habe man festgestellt, dass es aus städtischer Sicht keine Möglichkeiten gäbe. Nun werde der Verwaltung wieder „der Ball zugespielt“ sie solle Parkplätze irgendwo her beschaffen, obwohl die Verwaltung bereits vor 5 Monaten gesagt habe, dass sie keine Möglichkeiten sehe. Sie fordert die drei antragstellenden Fraktionen aktiv dazu auf, konkrete Beispiele und Ideen für die Schaffung von Parkplätzen zu liefern.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion möchte etwas Grundsätzlicheres ansprechen. Er merkt an, dass man heute über den Umgang mit dem Willen der Bürger\*innen entscheide, welcher im Bürgerentscheid zum Ausdruck kam. Dies sei das, was sich im Verhältnis zu den ursprünglichen Planungen verändert habe. Die Bürger\*innen haben zu einem Bürgerentscheid aufgerufen und diesen erfolgreich gemacht. Er bestreitet nicht, dass es nach vielen Jahren durchaus demokratisch sei, einen solchen Beschluss wieder aufzuheben. In Wahrheit solle man sich jedoch die Frage stellen, wie man sich fühlen muss, wenn man Initiator eines solchen Bürgerentscheids gewesen ist, bei dem man feststelle, dass nach vielen Jahren nichts an Veränderung der Planungen gewollt sei und dieser einfach wieder aufgehoben werde.

Der Bürgerentscheid habe eine Mehrheit in dieser Stadt bekommen und er hält diesen Umgang mit den Bürger\*innen für nicht in Ordnung. Diesen hätten einen Anspruch darauf, dass sich etwas verändere.

Bezogen auf den Antrag geht er darauf ein, dass eine Veränderung der Planung im Antrag enthalten sei und zwar eine Optimierung der Planung mit mindestens dem Beibehalten von 20-30 Stellplätzen. Dies sei eine Umplanung die in der Tat schon vor Jahren hätte begonnen werden können.

Er selbst habe nicht wahrgenommen, dass es in dieser Stadt keine Flächen gäbe um Parkplätze zu schaffen. Es sei wohl eher nicht gewollt, dass an bestimmten Stellen Parkplätze entstehen. Man könnte hierzu ggf. auch private Flächen erwerben. Er betont, dass es sehr wohl Möglichkeiten gäbe, um Parkraum zu schaffen und dem Bürgerwillen zu entsprechen. Nichts Anderes würden die drei Fraktionen mit diesem Antrag ausdrücken. Man solle nicht darüber hinweggehen, was Bürger\*innen dieser Stadt entschieden haben. Man solle auf den Bürgerwillen eingehen, entsprechend reagieren und Optimierungen der Planungen in ihrem Sinne vornehmen.

Zudem möchte er klarmachen, dass eine völlig verkehrsberuhigte Innenstadt etwas Schönes sein mag, aber eine lebendige Innenstadt lebe auch vom funktionierendem Einzelhandel und der Gastronomie. Diejenigen, die diese Geschäfte betreiben, hätten zugerufen, dass eben das so in dieser Planung nicht funktioniere. Demnach sollte man handeln.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion geht darauf ein, dass es hieß, die Beteiligung der Bürger\*innen und Gewerbetreibenden sei überhaupt nicht der Wunsch der CDU-Fraktion gewesen. Er verweist auf den Ursprungsantrag der Stadtverordneten Gaumann und Schäfer und zitiert einen Satz aus dem ersten Absatz: „Anwohner und Gewerbe sind in die Stellplatzoptimierung einzubeziehen“. Dies sei der Grund gewesen, warum die FDP-Fraktion gesagt habe, dass der Antrag genau in die richtige Richtung gehe und nur ein paar kleine Änderungen gemacht werden müssten.

Es sei somit nicht seine Erfindung, dass diese einbezogen werden sollen, sondern es sei die Grundessenz des ursprünglichen Antrags. Die FDP-Fraktion hält dies für richtig und wichtig und unterstütze es daher auch.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion erklärt, dass dies eins der Probleme sei, weil man andere Rückmeldungen aus der CDU-Fraktion bekäme. Er führt aus, dass ihm auch im Ausschuss schon mehrfach

vorgeworfen worden sei, dass er dafür sei, den Bürgerentscheid aufzuheben und den Bürgerwillen ignorieren wolle.

Man sei in einer Parteiendemokratie und man kämpfe um die Stimmen der Wähler bei der nächsten Wahl. Es seien sehr viele Leute, die der WAB-Fraktion sagten, dass man diesen Bürgerentscheid unbedingt aufheben müsse, damit in der Hamburger Straße etwas für mehr Lebensqualität gemacht werden könne. Hierfür kämpfe die WAB-Fraktion und dies sei keine Missachtung des Bürgerwillens. Alle Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Bürgerentscheids würden im Rahmen der Gesetze stattfinden. Hier sei die Regelung klar, dass man nach zwei Jahren das Recht habe, den Bürgerentscheid aufzuheben bzw. zu ändern. Selbstverständlich dürfe man für seine politischen Überzeugungen kämpfen – auch wenn diese politische Minderheitenüberzeugung seien.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchte klarstellen, dass man den Bürgerentscheid nicht einfach so ändern wolle ohne das sich grundsätzlich etwas geändert hätte. Er betont, dass man seitdem viel mehr Parkplätze zur Verfügung habe.

Bürgermeister Boege geht darauf ein, dass es nichts an der Kernaussage ändert, dass er den Eindruck habe, dass die Tragweite dieses Beschlusses nicht von allen gleichermaßen verstanden werde. Er glaubt auch nicht, dass die Vortragenden die gleiche Vorstellung mit dem Antrag verbinden. Er wiederholt, dass wenn dieser Beschluss so gefällt werde, dies eine Verzögerung dieser Maßnahme auf unbestimmte Zeit bedeute. Er könne von vielen Gesprächen mit den Beiräten und Bürger\*innen berichten, welche sich alle fragen, wann endlich etwas in der Hamburger Straße passiere. Ihm sei klar, dass dies schwierige politische Abwägungen seien, aber man hätte jetzt eine Perspektive haben können, welche voraussichtlich einen Baubeginn 2027 möglich gemacht hätte.

Wenn man den Weg wähle, welcher jetzt Mehrheiten zu bekommen scheint, dann könne die Verwaltung keine Zeiten nennen und es werde aufgrund der zuvor genannten Punkte auch ungewiss sein, wann und wie überhaupt. Er betont, dass man sich an dieser Stelle dessen bewusst sein müsse.

Stadtverordnete Dullweber von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE möchte auf einen Punkt aus dem Wortbeitrag von Stadtverordnetem Bellizzi von der FDP-Fraktion eingehen. Die Einbeziehung von Bürger\*innen findet sie grundsätzlich richtig, aber hier würde man nur einen sehr kleinen Teil von Bürger\*innen einbeziehen, nämlich lediglich die Anwohner\*innen und die Geschäftsleute. Sie sei der Meinung, dass sich inzwischen sehr viel getan und in der Innenstadt verändert habe. Vielleicht hätten diese 2-3 Jahre mit der „furchtbaren“ Hamburger Straße auch dazu geführt, dass sich hier die Meinungen nochmal geändert haben. Sie spricht sich dafür aus, dass man direkt anfangen sollte die Hamburger Straße zu bauen. Sofern es zu einer Einbeziehung der Bürger\*innen kommen soll, so bittet sie, diese auch im weiteren Sinne einzubeziehen. Sie sagt, dass die Innenstadt allen gehöre.

Stadtverordnete Marie-Luise Bernhardt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN spricht die antragsstellenden Fraktionen an und sagt, dass sich

diese, wahnsinnige Sorgen um die Wirtschaft und eventuell wegfallende Parkplätze machen würden. Dies könne sie keineswegs nachvollziehen, weil sie glaubt, dass die Wirtschaft davon profitieren würde, wenn die Hamburger Straße attraktiver gestaltet werden würde. Es gäbe sehr viele Untersuchungen die dies aufzeigen würden und auch Belege dafür, dass in Städten, die verkehrsberuhigt seien, die Wirtschaft durch eine hohe Aufenthaltsqualität angetrieben werde. Dies könne Sie sich auch für Ahrensburg vorstellen. Sie empfindet die Diskussion um diese Parkplätze sehr einseitig und tendenziös. Sie denkt, dass man die Hamburger Straße unbedingt ausbauen und restaurieren müsse. Hiermit würde man, ihrer Meinung nach, eine Win-Win-Situation sowie eine absolute Qualitätssteigerung für Ahrensburg erreichen.

Stadtverordneter Schoon führt aus, dass er ein leidenschaftlicher Fahrradfahrer sei und immer mit dem Fahrrad in die Stadt käme. Er musste bei dieser Abstimmung eingestehen, dass er die Situation nicht nur aus seiner persönlichen Sicht betrachten dürfe. Man müsse die Mitbürger\*innen und insbesondere die Gewerbetreibenden auch berücksichtigen, welche einen anderen Fokus hätten. Die Abstimmung habe knapp 50/50 ergeben und somit sei es durchaus wichtig, den Gewerbetreibenden Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Er konstruiert, dass im Falle einer Aufhebung des Bürgerentscheids und bei dem weiteren Vorantreiben der bisherigen Planung, dies zu einem neuen Bürgerentscheid führen könnte. Er könne sich vorstellen, dass eine Umplanung keine Neuplanung sein müsse und es dann vielleicht auch zügiger gehen könne und man nach 2027 starten könne.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion stellt eine inhaltliche Frage zur 24h- Zugänglichkeit der Parkplätze. Diese solle laut Antrag nicht für den Marktplatz gelten. Er fragt sich, in welchen Fällen diese Regelung sonst noch nicht gelten würde. Er bittet um eine vernünftige Erklärung, warum die bereits vorhandenen 24h-zugänglichen Parkplätze nicht ausreichen würden.

Er führt weiter aus, dass er bislang noch keine Antworten auf seine inhaltlichen Fragen zum Antrag erhalten habe. Er merkt persönlich an, dass das Kommunikationsverhalten ein kompletter Bruch mit dem sei, was man in den letzten Jahren hatte. In allen Ausschüssen, in denen er je war, seien inhaltliche Fragen stets offen diskutiert worden. Er hält es für eine demokratische Pflicht Fragen zu gestellten Anträgen zu beantworten. Er gibt zu bedenken, dass dies im Umgang miteinander einiges kaputt mache. Er würde sich freuen, wenn die Antragssteller nunmehr seine inhaltlichen Fragen beantworten würden.

Stadtverordnete Schmick von der WAB-Fraktion erklärt, dass 8-10 Treffen zwischen der Verwaltung, den Gewerbetreibenden und der Politik stattgefunden hätten. Sie fragt sich, ob hierbei keine konkreten Vorschläge entstanden seien. Es wundert sie, dass man sage, dass 3 Jahre nichts getan wurde, aber in diesen 3 Jahren seien auch keine Vorschläge von denen gekommen, die jetzt eine Optimierung der Planung haben wollen.

Stadtverordneter Thieme von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN spricht den Bürgerentscheid an, weil immer gesagt worden sei, dass bei einer jetzigen, neuen Abstimmung alles ganz einfach wäre. Er erinnere sich noch sehr gut an den Wahlkampf. Die Parteien, die für diesen Bürgerentscheid waren, hätten

nie gesagt, dass ihr Inhalt sei, die Hamburger Straße solle umgeplant werden und dort solle lange nichts passieren. Hier sei nicht mit den tatsächlichen Fakten Wahlkampf gemacht worden. Es sei ein Wahlkampf gewesen, welcher auf Angsthemen basiert war.

Er stellt sich vor, wenn man sich jetzt die Vergangenheit anschau und sehe, dass die Straße jahrelang brachliegt und jetzt einen Wahlkampf mache und in diesem fragen würde, wer daran Schuld sei, dass die Straße so aussieht, wie sie aussieht, dann sei er sich sicher, dass das Ergebnis ganz anders aussehen würde.

Stadtverordnete Lohmann von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sagt, dass die Hamburger Straße eine Katastrophe sei, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weil sie nicht barrierefrei sei. Sie spricht sich dafür aus, dass hier etwas getan werden müsse.

Herr Römer (FBL IV) stellt sich vor und führt aus, dass er jetzt seit 7 Monaten der Bauamtsleiter der Stadt Ahrensburg sei. Nachdem er jetzt die Diskussion verfolgt und in den letzten Monaten auch viel an diesem Thema mitgearbeitet habe, möchte er darauf eingehen, was er vorgefunden habe, als er vor 7 Monaten bei der Stadt Ahrensburg angefangen habe und welche Analyse er für sich selbst mitgenommen habe.

Er erklärt, dass sein erster Gedanke bezüglich der Hamburger Straße war, dass sich die Stadt hier sehr schlecht aufstelle. Die Straße sei nicht mehr zeitgemäß und in einem schlechten und nicht mehr barrierefreien Zustand. Es sei in den letzten Jahren demokratisch entschieden worden, dass die Planung erstellt werde und auch ein Beschluss gefasst wird.

Er findet es bezeichnend, dass der Beschluss gesagt habe, dass man eine Vorbildfunktion für die Stadt und die Bürger\*innen zeigen wolle. Das heißt, dass der Entwurf, der erstellt wurde, der erste Baustein für die Zukunft der Stadt sei. Man rede nicht darüber, dass man an der Stelle am Ende, sondern das dies erst der Beginn der ganzen Umgestaltung sei. Die Barrierefreiheit und Zugänglichkeit soll für Generationen gegeben sein.

Es seien jetzt schon diverse Themen angesprochen worden, hinsichtlich der Kostenstruktur und der Überarbeitung der Planung, und man habe in den Beratungen immer wieder festgestellt, dass die Planung, welche erstellt wurde, heute natürlich im Detail anzupassen sei. Dies bedeute nur, dass Normungen und Gesetzesgrundlagen angepasst werden müssten. Diese würden dann dementsprechend in der nächsten Weiterbeauftragung des Planungsbüros (sofern dieses mitmache) angepasst werden.

Er geht darauf ein, dass es viel Kritik und Vorwürfe gegenüber der Verwaltung gab, welche er für sich als Bauamtsleiter aufnehme. Er sehe sich jetzt in der Verpflichtung diese anzunehmen. Er spreche auch für den FB IV und möchte sagen, dass die, als beratende Tätigkeit, abgegebenen Stellungnahmen aus dem FB IV in dem Sinne in der Selbstverwaltung nicht respektiert worden sind. Diese seien auch nicht wirklich in die Diskussion eingeflossen. Er merkt an, dass man für Beratungen und Stellungnahmen sehr viel Zeit investiere.

Sofern dem Antrag zugestimmt werde, müssten die Umplanungen bezahlt werden und man habe Baukostensteigerungen, welche sich durch die Umplanung ergeben und man wisse nicht, wann man mit der Umgestaltung beginnen könne.

Das Ziel widerspreche dem Thema Umwelt. Man solle die Umwelt respektieren und die technischen Gegebenheiten mit aufnehmen. Das, was man aktuell grade mache, sei den Verkehr im Innenstadtbereich zu reduzieren und das Thema Umwelt bei den Bürger\*innen bewusster zu platzieren und das Ganze dezentral zu halten. Die Selbstverwaltung habe mit der zweigeschossigen Tiefgarage (die im Sinne der Umwelt auch nicht immer unter die Erde gelegt werden müsse) in den vergangenen Monaten alle Grundlagen geschaffen, vier Parkhäuser dezentral um die Stadt zu setzen. Damit habe man jetzt im Grunde mit dem fehlenden Parkleitsystem nur noch das Thema, dass dieses nochmal neu aufgesetzt werden müsse. Hier sei bereits Schwung reingekommen und dies war der einzige Baustein der noch fehlte um die Verteilung vorzunehmen, wie man den Verkehr innerstädtisch beruhigen könne um eine Qualität für die Bürger\*innen zu schaffen und dann die umliegenden Parkhäuser vollständig auszulasten.

Er betont, dass man wirklich viel Zeit verlieren werde, wenn man nochmal in die Umplanung gehen müsse und auch Kostensteigerungen habe um die Umplanungen zu bezahlen. Er appelliert dafür, die Planungen mit kleinen Anpassungen, welche man im Rahmen der Ausschreibungen anpassen müsse, weiterzuführen. Als Fachbereichsleiter IV könne er nur dies vertreten und bittet die Stadtverordneten, sich bei der Beschlussfassung hierüber Gedanken zu machen.

Stadtverordneter Dr. Köpke von der WAB-Fraktion sagt, er sei, aufgrund der aktuellen Diskussionslage, einerseits fasziniert und andererseits ratlos. Alle Stadtverordneten wollen das Wohl der Innenstadt und alle haben sich „einen Ball zuspielen lassen“, welchen sie wie einen Reflex aufschnappen. Er sei entzückt gewesen, als die CDU-Fraktion sagte, sie habe mit den Geschäftsleuten gesprochen. Er selbst kenne auch viele Geschäftsleute und habe ebenfalls mit sehr vielen gesprochen. Im Ergebnis habe kaum einer der Geschäftsleute das Thema Parkplätze benannt. Benannt wurden vielmehr die Themen saubere und belebte Innenstadt. Fast keiner habe die Parkplatzsituation benannt. In Ahrensburg gehöre die Innenstadt nur wenigen Familien und diese würden „den Ball zuwerfen“. Er fürchtet, dass die Geschäftsleute, von denen man hier die ganze Zeit rede, die Leute seien, die hier Ton angehend sind.

Die Leute, mit denen er rede, würden sich über die Mieten beklagen. Die hohen Mieten würden die Innenstadt kaputt machen. Ein Geschäft müsse beispielsweise 30€/m<sup>2</sup> bezahlen. Da könne er verstehen, dass viele ihre Geschäfte aufgeben würden, anstatt sich für die hohen Mieten abzuarbeiten. Er hält es für verkehrt, sich über die Parkplätze zu streiten. Man müsse jetzt wirklich sehen, wie man die Innenstadt lebenswert mache und dies vereine auch alle. Die Parkplatzsituation sei fast schon lächerlich, weil sie von bestimmten Leuten gesteuert werde, die ein Interesse daran haben. Er hält dies für ein Machtspiel.

Bürgervorsteher Stukenberg bedankt sich für die konstruktive Debatte und geht zur Abstimmung über.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/053/2025 der Fraktionen WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

13	dafür
17	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/089/2025 der Fraktion WAB über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

13	dafür
17	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/088/2025 der Fraktion WAB über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

13	dafür
17	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg informiert, dass für den Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP für die Punkte 1 und 4 eine Einzelabstimmung sowie eine namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Er verliert den Punkt 1 zum Antrag AN/085/2025 über den anschließend per namentlicher Abstimmung abgestimmt wird. Die namentliche Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

**Abstimmungsergebnis:**

17	dafür
13	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliert die Punkte 2 und 3 des Antrages AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP über die anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>22</b>	<b>dafür</b>
<b>9</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Punkt 4 zum Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP über den anschließend, per namentlicher Abstimmung, abgestimmt wird. Die namentliche Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>17</b>	<b>dafür</b>
<b>13</b>	<b>dagegen</b>
<b>1</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Bürgervorsteher Stukenberg erklärt, dass die weiteren Abstimmungen zu den Anträgen AN/067/2025 und AN/068/2025 entfallen und bedankt sich für die lebendige Diskussion.

**10.1. AN/053/2025 Antrag zur Aufhebung des Bürgerentscheids der Fraktionen WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag AN/053/2025 der Fraktionen WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>13</b>	<b>dafür</b>
<b>17</b>	<b>dagegen</b>
<b>1</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

**AN/089/2025**

**10.2. Antrag der WAB Fraktion auf Entlass der Hamburger Straße aus dem Geltungsbereich des Bürgerentscheides**

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag AN/089/2025 der Fraktion WAB über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>13</b>	<b>dafür</b>
<b>17</b>	<b>dagegen</b>
<b>1</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

**AN/088/2025**

### **10.3. Änderungsantrag der WAB zu Antrag 085/2025 Bürgerentscheid**

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag AN/088/2025 der Fraktion WAB über den anschließend abgestimmt wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

<b>13</b>	<b>dafür</b>
<b>17</b>	<b>dagegen</b>
<b>1</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

**AN/085/2025**

#### 10.4. Antrag der CDU-, SPD-, und FDP-Fraktion zum Bürgerentscheid Lebendige Innenstadt

Bürgervorsteher Stukenberg informiert, dass für den Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP für die Punkte 1 und 4 eine Einzelabstimmung sowie eine namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Er verliest den Punkt 1 zum Antrag AN/085/2025 über den anschließend per namentlicher Abstimmung abgestimmt wird. Die namentliche Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

17	dafür
13	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgervorsteher Stukenberg verliest die Punkte 2 und 3 des Antrages AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP über die anschließend abgestimmt wird.

##### **Abstimmungsergebnis:**

22	dafür
9	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Punkt 4 zum Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP über den anschließend, per namentlicher Abstimmung, abgestimmt wird. Die namentliche Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

17	dafür
13	dagegen
1	Enthaltung(en)

**10.5. AN/068/2025 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP zum Antrag der CDU-Fraktion (AN/067/2025)**

--- abgesetzt ---

Siehe Tagesordnungspunkt 10 „Bürgerentscheid "Lebendige Innenstadt" vom 18.09.2022“.

**10.6. AN/067/2025 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Bürgerentscheid "Lebendige Innenstadt" vom 18.09.2022**

--- abgesetzt ---

Siehe Tagesordnungspunkt 10 „Bürgerentscheid "Lebendige Innenstadt" vom 18.09.2022“.

11. **Wirtschaftsplan 2026 für die Stadtbetriebe Ahrensburg**  
- **Teilwirtschaftsplan Stadtentwässerung**  
- **Teilwirtschaftsplan Bauhof**  
- **Gesamtwirtschaftsplan**

Stadtverordneter Korte von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass die Stadtbetriebe Ahrensburg wirtschaftlich und ordentlich gearbeitet haben und dankt der Belegschaft für deren gute Arbeit. Der Vorlage wurde im Werkausschuss einstimmig zugestimmt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der anliegende Entwurf des Teilwirtschaftsplans 2026 für den Betriebszweig **Stadtentwässerung** wird mit den Kennzahlen der Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO gemäß der **Anlage 1, Seite 1**, beschlossen.
2. Der anliegende Entwurf des Teilwirtschaftsplans 2026 für den Betriebszweig **Bauhof** wird mit den Kennzahlen der Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO gemäß der **Anlage 2, Seite 1**, beschlossen.
3. Der anliegende Entwurf des Wirtschaftsplans 2026 für die Stadtbetriebe Ahrensburg, **Gesamtbetrieb**, wird mit den Kennzahlen der Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO gemäß der **Anlage 3, Seite 1**, beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

12. **5. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Abgaben und Geltendmachung von Kostenerstattungen für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung Abwasserbeseitigung - BGS)**

Stadtverordneter Korte von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er erläutert, dass in der Änderungssatzung eine kostendeckende Benutzungsgebühr kalkuliert wurde. Beim Abwasser würden sich 6 Cent/m<sup>3</sup> Mehrkosten ergeben.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Die 5. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Abgaben und Geltendmachung von Kostenerstattungen für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung Abwasserbeseitigung - BGS) wird mit den ausgewiesenen Gebührensätzen gemäß **Anlage** beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

### 13. Grundschule Am Schloß

#### - Aufstockung des Neubaus der zweiten Cafeteria im Rahmen der Förderung über das Startchancen-Programm des Landes Schleswig-Holstein um ein weiteres Stockwerk

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe hält einen Sachvortrag und erklärt, dass der Bildungs- Kultur- und Sportausschuss beschlossen habe, dass die Grundschule am Schloß eine weitere Cafeteria bekomme. Diese Cafeteria bekomme nunmehr aufgrund der Raumnot noch drei zusätzliche Räume oben drauf.

Die alte Cafeteria mit ihren 80 Plätzen war bei weitem nicht ausreichend für eine 5-6-Zügigkeit sowie den Nachmittagsbetrieb an der OGS. Entsprechend benötige man eine weitere Cafeteria. Ebenso verhalte es sich mit den 3 Räumen. Im letzten Schulentwicklungsplan sei es bereits Tatsache gewesen, dass diese fehlen.

Durch das Ganztagesausbauprogramm und das Startchancenprogramm können 2/3 der Kosten getragen werden. Die Stadt Ahrensburg muss nur für 1/3 der Kosten aufkommen.

Im Ausschuss wurde der Vorlage einstimmig zugestimmt und er bittet auch hier um Zustimmung.

Bürgermeister Stukenberg verliest die Beschlussvorlage über die anschließend abgestimmt wird.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der zweigeschossige Neubau der zweiten Cafeteria an der Grundschule Am Schloß wird um ein weiteres Stockwerk aufgestockt (Grundriss II. OG siehe **Anlage 1**). Die erforderlichen Baukosten i. H. v. 1.821.100 € (Kostenberechnung siehe **Anlage 2**) werden beim PSK 21110.0900000/149 wie folgt bereitgestellt: 2026 zusätzlich 500.000 €; 2027 zusätzlich 1.321.100 €.

Der Fertigstellungstermin verschiebt sich dadurch von Ende 2026 auf voraussichtlich Mitte 2027. Die Räume sollen zum Schuljahresbeginn 2027/2028 bereitgestellt werden.

2. Voraussetzung für die Umsetzung der Maßnahme ist eine Bezuschussung durch das Startchancen-Programm des Landes Schleswig-Holstein in Höhe von 70 % der Baukosten des 2. Obergeschosses.

#### **Abstimmungsergebnis:**

31	dafür
/	dagegen

/ **Enthaltung(en)**

**2025/103**

**14. Theater und Musik in Ahrensburg e.V. - Änderung der Obergrenze der Liquiditätsrücklage des Beschlusses vom 27.2.2023**

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe hält einen Sachvortrag und erläutert, dass man in diesem Jahr schon beschlossen habe, dass der Verein Theater und Musik in Ahrensburg e.V. für die zukünftigen Jahre eine kleine, erhöhte Rücklage mit sich führen kann.

Von allen Seiten sei jedoch vergessen worden, dass man noch ein laufendes Geschäftsjahr habe und dafür wird nunmehr ebenfalls die Erhöhung der Liquiditätsrücklage auf 25.000 € beantragt. Der Ausschuss habe der Vorlage einstimmig zugestimmt und er bittet auch hier um Zustimmung.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Eine jährliche Liquiditätsrücklage in Höhe von 25.000 € wird für die Saisons 2024/2025 sowie 2025/2026 anerkannt. Der Bewilligungsbescheid vom 1.3.2023 ist entsprechend zu ändern.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

## 15. **Beteiligung der Stadt im Planfeststellungsabschnitt 3 der S4/Stellungnahme der Vorhabenträgerin**

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion hält einen Sachvortrag und erläutert, dass man einen umfangreichen Bericht erhalten habe, welcher sich auf die Antworten der Deutschen Bahn zu den Einwendungen im PFA 3 beziehe.

Fraglich sei gewesen, wie man damit nun umgehe. Der Umwelt- sowie Bau- und Planungsausschuss haben sich darauf verständigt, dass dies eine gewisse Dringlichkeit und Wichtigkeit habe, insbesondere, weil in diesem Bericht auch stehe, wie man weiter vorgehen wolle.

Die Ausschüsse seien die Vorlage Seite für Seite durchgegangen und haben einstimmig an verschiedenen Stellen Änderungen beschlossen. Diese hätten zur /1-Vorlage geführt.

Nach den beschlossenen Änderungen hätten die Ausschüsse sich darauf verständigt, dass die Vorlage nicht einfach nur zur Kenntnis genommen werde, sondern man diesen Bericht beschließe. Man wolle in Bezug auf die weiteren Schritte eine Verbindlichkeit herstellen.

Er merkt an, dass es in der Vorlage 2025/063/1 noch heiße, dass es sich um eine Kenntnisnahme handle und bittet, die Beschlussvorschläge entsprechend dem Wortlaut: „Der Bericht wird beschlossen.“ zu ändern.

Bürgermeister Boege erläutert, dass er die Genese gut nachvollziehen könne, aber Berichte nicht beschlossen werden können. Sofern man eine Verbindlichkeit schaffen wolle, schlägt er folgende Ergänzung vor: „Die erkannten Handlungsbedarfe sind im weiteren Verfahren zu berücksichtigen“.

Bürgermeister Stukenberg bittet darum, den Ergänzungsantrag schriftlich einzureichen. Der Ergänzungsantrag wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Bürgermeister Stukenberg verliest den geänderten Beschlussvorschlag und lässt anschließend darüber abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Bericht über die Beteiligung der Stadt im Planfeststellungsabschnitt 3 der S4 wird zur Kenntnis genommen.

Die dargestellten Handlungsbedarfe werden beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

31	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

**16. Stadt Ahrensburg: Straßenzustandsbericht 2025**

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion verweist auf den Bericht und sagt, dass der Bau- und Planungsausschuss die Vorlage 2025/104 bzw. den Straßenzustandsbericht als Kenntnisnahme gewertet und nicht darüber abgestimmt habe.

Inhaltlich sei die Lage bei den Straßenzuständen dramatisch. Der derzeitige Sanierungsaufwand sei auf 60 Mio. Euro gestiegen. Vor fünf Jahren lag man bei 30 Mio. Euro.

Die Verwaltung legt der Selbstverwaltung nahe, ca. 8-9 Mio. Euro mehr, für den Erhalt der Straßen auszugeben, nur, um einen weiteren Verfall der Infrastruktur zu verhindern.

Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion geht darauf ein, dass dieser Bericht zeige, dass man auch „andere Baustellen“ habe und nicht nur einige wenige. Erschreckend sei bei der Präsentation des Straßenzustandsberichtes gewesen, wie lange diese Entwicklung schon bekannt war und sich abzeichnete. Inzwischen habe sich die Lage deutlich dramatisiert.

Er möchte die Zahlen konkretisieren und führt aus, dass sich die 60 Mio. Euro auf die Fahrbahnen beziehen. Weitere 15 Mio. Euro fallen für Fuß- und Radwege an und wenn man den laufenden Unterhalt noch hinzunehme, dann komme man, auf die nächsten 10 Jahre gerechnet, auf Kosten i.H.v. ca. 175 - 225 Mio. Euro um den Straßenzustand akzeptabel zu erhalten.

Zukünftig sollte in die Haushaltsberatungen mit einfließen, wie man Schwerpunkte (Ressourceneinsatz etc.) setzen wolle.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, als man die Zahlen zur Kenntnis genommen habe und im Ausschuss eine Frage aufkam. In der Vorlage stehe, dass 8-9 Mio. Euro jährlich, besser noch 15 Mio. Euro, zusätzlich benötigt würden. Er möchte wissen, was hier nun der Vorschlag der Verwaltung sei. Wolle die Verwaltung die 8 Mio. Euro jährlich investieren oder keine weiteren Investitionen bis 2070 (wie im Finanzierungskonzept Heimgartenschule). Auf diese Frage habe er bislang keine Antwort erhalten.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion merkt an, dass er den Gutachter auch gefragt habe, wie dieser auf diese Zahlen komme. Daraufhin habe er bislang noch keine Unterlagen vom Gutachter bekommen. Er geht darauf ein, dass er die Rechnungen des Gutachters nicht überzeugend fand, weil die Preise für die Neuerstellung der Straßen und der Straßenunterhalt nicht zusammengepasst hätten.

Er möchte weiterhin anmerken, dass jeder Kilometer Autofahrt das Gemeinwesen 0,40 €/km koste, über die Kosten, die das Auto an sich verursacht, hinaus. Wenn man zukünftig im Straßenunterhalt Geld sparen wolle, dann müsse man die alternativen Verkehrsarten fördern. Wenn man dies Ernst nehme und zukünftig das Augenmerk auf bessere Radwege lege, dann spare man auch viel Geld beim Unterhalt der Straßen.

Die Stadtverordneten nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**17. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2025**

Bürgermeister Stukenberg freut sich über bereitwillige Spender\*innen für das Weihnachtshilfswerk.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Für das Weihnachtshilfswerk 2025 werden über einen öffentlichen Aufruf und Anschreiben an potentielle Spender Geldspenden gesammelt. Die Geldspenden werden entsprechend der Entscheidung des Kuratoriums Weihnachtshilfswerk und des städtischen Sozialdienstes an bedürftige Ahrensburger Familien und Einzelpersonen verteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

**18. Niederschlagung von Gewerbesteuerforderungen**

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion hält einen Sachvortrag. Der Vorlage wurde im Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Stukenberg weist darauf hin, dass die Gewerbesteuerangelegenheiten erstmalig im öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden, weil man die öffentlichen Belange höherwertig einschätzt. Die Vorlagen werden entsprechend anonymisiert.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gewerbesteuer und die Nachzahlungszinsen für die Jahre 2018 bis 2021 in Höhe von insgesamt 91.640,00 € werden befristet niedergeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

**19. Erlass von Gewerbesteuerforderungen**

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion hält einen Sachvortrag. Der Finanzausschuss habe der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gewerbesteuern, Nachzahlungszinsen und Verspätungszuschläge für die Jahre 2014 bis 2017 sowie die entstandenen Gebühren in Höhe von insgesamt 15.429,50 € werden erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

**20. Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH**

Bürgervorsteher Stukenberg weist darauf hin, dass beim Sachvortrag darauf geachtet werden solle, dass Geschäftsgeheimnisse lediglich im nicht öffentlichen Teil der Sitzung genannt werden dürfen. Nach der öffentlichen Debatte werde man die Nichtöffentlichkeit herstellen.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass man die drei Unterpunkte im Hauptausschuss einzeln abgestimmt habe. Dem Punkt 1 sei lediglich mehrheitlich zugestimmt worden, weil die FDP-Fraktion dagegen gestimmt habe. Der Punkt 2 sage aus, dass die Gewinne zur Selbstfinanzierung bei den Stadtwerken verbleiben. Die Punkte 2 und 3 seien im Hauptausschuss einstimmig beschlossen worden. Er kündigt einen weiteren Sachvortrag für den nicht öffentlichen Teil dieses Tagesordnungspunktes an.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion beantragt die Einzelabstimmung der Unterpunkte.

Er merkt an, dass die FDP-Fraktion am Strategischen Konzept der Stadtwerke erhebliche Zweifel habe. Er erklärt, dass man einige der Grundannahmen für unrealistisch halte. Trotzdem sei man dafür, dass der Rückkauf des Stromnetzes weiter angegangen und die dafür nötigen Mittel thesauriert werden sollen. Im Wesentlichen sei man jedoch nicht dabei, dass die Zahlengrundlagen auf dieser Art und Weise durch die Stadtwerke selbst erfolgen müssen. Man glaube an andere Formen von notwendigen Partnerschaften, weil die Stadtwerke für einen solch kostenintensiven Weg wahrscheinlich zu klein seien.

Bürgervorsteher Stukenberg schließt den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung um 22:18 Uhr und weist darauf hin, dass die Öffentlichkeit im Anschluss an die nicht öffentliche Debatte, für die Beschlussfassung, wiederhergestellt werde.

**22. Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH**

Bürgermeister Stukenberg stellt die Öffentlichkeit der Sitzung um 22:44 Uhr wieder her. Er erläutert, dass für die Vorlage eine Einzelabstimmung der Unterpunkte beantragt wurde.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag zu Punkt 1 über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>28</b>	<b>dafür</b>
<b>3</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag zu Punkt 2 über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag zu Punkt 3 über den anschließend abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>31</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Bürgermeister Stukenberg schließt den öffentlichen Teil der Sitzung erneut um 22:47 Uhr.

gez. Benjamin Stukenberg  
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig  
Protokollführerin